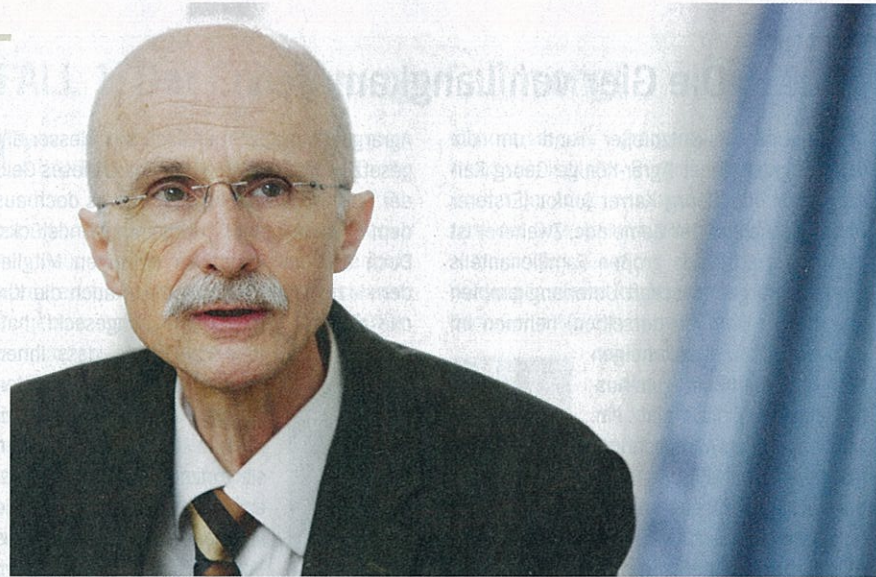




Andreas Brugger, Liste Fritz: „Die ÖVP behandelt ihre eigenen Wähler als politischen Feind“

Ende der Fahnenstange

Die Landtagsabgeordneten Andreas Brugger und Georg Willi über Lernprozesse, das Agrar-Unrechtssystem und warum die Bürger von der ÖVP in Tirol seit Jahrzehnten belogen werden.

ECHO: VP-Abgeordneter Wilfried Stauder hat in der letzten Landtagssitzung zu derben Worten gegriffen, um Sie zurechtzuweisen. Was für ein Signal ist das?

Andreas Brugger: Das Signal ist nicht überraschend. Es geht um den Kernbereich dessen, wofür hier gekämpft wird, nämlich das Gemeindegut, wo von der ÖVP – wie wir wissen – mit allen legalen und illegalen Mitteln versucht wird, es einer kleinen Schicht von Profiteuren zuzuspielen. Was richtiggestellt werden muss, ist der Vorwurf, dass ich Hass und Zwietracht säe: Der Bruch des Friedens kommt daher, dass Unrecht erzeugt wurde. Und das ganz bewusst und über lange Zeit und offensichtlich. Wenn ich Unrecht erzeuge, dann störe ich den Frieden. Der Friede wurde gestört, indem das, was der Allgemeinheit gehört hat, dieser Schicht von Profiteuren zugeschoben wurde. Und jetzt, wo man Gerechtigkeit fordert, zu sagen, wir stören den Frieden, ist dreist. Wenn ich das Unrecht nicht beseitige, kann es keinen Frieden geben. Sich dann das Schildchen des Friedfertigen umzuhängen, wo ja die ÖVP das Ganze verursacht hat, ist eine Frechheit.

ECHO: War die letzte Landtagssitzung in gewisser Weise der Gipfel der Geschichte?

Brugger: Für mich war es kein Höhepunkt, ich sehe ja, was in den Agrarakt für unglaubliche Argumente genau zu dem Zweck daherkommen, das Unrecht zu schützen und fortzusetzen. In der Öffentlichkeit konnte sich die ÖVP, bis die Grünen dankenswerterweise den Antrag für den Sonderlandtag zur Rückübertragung des Gemeindegutes gestellt haben, hinter der Fassade verstecken, dass sie sich ja bemühe, das VfGH-Erkenntnis umzusetzen. Im Sonderlandtag wurde die ÖVP aber als das entlarvt, was sie schon immer war. Da geht es nicht um Demokratie. Es geht darum, dass sie sich einer ganz großen Mehrheit der Tiroler Bevölkerung gegenüber richtig feindselig verhält. Sie versucht alles, um sie auszutricksen, und schädigt eine große Gruppe von Mitbürgern bewusst. Die Politik der ÖVP richtet sich nicht gegen den politischen Feind, nein, sie behandelt ihre ei-

genen Wähler als politischen Feind und die ÖVP-Wähler bekommen das nicht einmal richtig mit. Da werden die eigenen Leute angelogen und dahinter steckt eiskaltes Kalkül. Der Rest der Bevölkerung wird in Wahrheit wie ein Feind betrachtet.

Georg Willi: Die ganze Geschichte läuft nun seit 2005 und erst 2013, während des Sonderlandtags, gaben die VP-Abgeordneten Andreas Köll und Jakob Wolf zu, dass Unrecht geschehen ist. Es hat lange gebraucht, um die Dimension klarzumachen. Ich konnte es mir auch lange nicht vorstellen, dass eine Partei in Tirol einfach den Rechtsstaat ausblendet. Mit dem Sonderlandtag hat sich aber ein Fenster aufgetan und es wurde möglich, die Agrarfrage mit einer Mehrheit im Landtag zu lösen. Die SPÖ war schon lange auf unserer Seite, konnte das aber – gebunden in der Koalition – nicht ausspielen. Die SPÖ hat ihre historische Chance, aus dem Schatten der ÖVP herauszutreten, wahrgenommen. Es ging darum mit 20 Abgeordneten ein Bündnis zu schmieden, um das Unrecht zu beseitigen. Damit begann ein Lernprozess für die ÖVP, der immens ist. Dort war man gewohnt, über fünfzehn Jahre absolut zu regieren – jetzt musste man plötzlich erleben, dass man in der Minderheit ist. In Wahrheit hat man längst erkannt, dass das Spiel eigentlich aus ist. In der Situation half eben nur noch die missbräuchliche Anwendung der Geschäftsordnung, damit das Gesetz nicht beschlossen werden konnte.

„Auch unter den 16 ÖVP-Abgeordneten gibt es keinen mehr, der nicht weiß, dass alles eine Sauerei ist.“

Andreas Brugger, Liste Fritz

ECHO: Es hat sich gezeigt, dass die Tirolerinnen und Tiroler sowohl bei den Agrargemeinschaften als auch beim Grundverkehr zu Menschen zweiter Klasse degradiert wurden. Bricht das nun auf?

Willi: Es stimmt, dass etwas aufbricht, doch nur sehr langsam. Viele Leute sind unpolitisch und kriegen nur mit, dass da gestritten wird. Ich frage mich, was man alles tun muss, damit auch der letzte Tiroler Bürger diese Sauerei erfährt und begreift. Darum war es mir so wichtig, dass wir eine Behandlung dieses Themas noch in diesem Landtag schaffen. Was mich so maßlos ärgert, ist, dass wir einen korrekten Weg gefunden haben, um das Rückübertragungsgesetz im Landtag zu behandeln, und dass dann die ÖVP und im Speziellen

Landtagspräsident Herwig van Staa nicht bereit waren, geschäftsordnungskonform vorzugehen. Es hätte den Beschluss geben müssen. Jetzt sind wir wieder angewiesen auf die Neukonstellation nach der Wahl. Es gibt einen Reformstau und in solchen Situationen sollte man Kühnes denken und sagen, diese Frage gehört primär gelöst. Ich hoffe, dass wir durch die Verbreitung des Themas im Wahlkampf mehr Leute aufklären können, die dann sagen, so kann es nicht weitergehen, wir wählen nicht mehr die ÖVP.

ECHO: Wenn Sie versuchen, im Zusammenhang mit dem Agrartheema die positiven Seiten der letzten Legislaturperiode hervorzuheben, was ist gelungen?

Willi: Es ist sicher eine sehr breite Bewusstseinsbildung. Die Anzahl der Menschen, die mitbekommen haben, was da passiert, wurde ausgeweitet. Wir sind aber noch weit davon entfernt, dass jeder in Tirol weiß, was das für eine Sauerei war. Das Gesetz, das dann rausgekommen ist, hat zumindest die Tür für die Gemeinden einen kleinen Spalt aufgemacht. Und es wurde die Selbstbedienung aus dem Gemeindegut gestoppt. Es geht nicht mehr, dass sich die Agrarier die Baugründe billig zuschanzen. Die Gemeinden wissen jetzt, worauf sie zu achten haben. Sie wissen um ihre Rechte, nur können sie diese in der Regel nicht durchsetzen. Das hat die Frustration so nach oben getrieben, dass es die Entscheidung für ein Rückübertragungsgesetz gab. Es wird sonst noch Jahrzehnte gestritten, während im Stillen und unter Mithilfe der ÖVP noch immer die Schäfchen ins Trockene gebracht werden. Wenn man es mit einer Krankheit vergleicht, konnte die Ausbreitung der Krankheit gestoppt werden. Aber von der Heilung sind wir noch weit entfernt.

Brugger: Ich würde das Bewusstsein auch ganz konkret auf den Landtag beziehen. Auch unter den 16 ÖVP-Abgeordneten gibt es keinen mehr, der nicht weiß, dass das alles eine Sauerei war. Das war früher anders. Damit hat man ihnen auch die Möglichkeit genommen, ihre eigenen Leute anzulügen. Darum gärt es in der ÖVP. Früher haben sie ihre eigenen Abgeordneten angelogen und das ist vorbei. Mit ein wenig Interpretationskunst lassen sich die Rechte der Gemeinden aus dem 2009er Gesetz vollständig herauslesen.



Georg Willi, Grüne: „Van Staa hätte seine Chance gehabt. Doch das ist jetzt Geschichte“

Das ist ein riesiger Fortschritt. Da haben wir die ÖVP schon in eine ausweglose Situation manövriert, denn im Gesetz, das 2009 verabschiedet wurde, steht, dass der Substanzwert der Gemeinde zusteht. Nur die Durchsetzung ist ein Problem. Doch damit wurde ein irrsinniger Verfestigungsschritt erreicht. Es klingelt zwar nicht in der Kassa, doch wurden in über 100 Agrargemeinschaften die Entstehungsgeschichten aufgearbeitet und bei jedem Akt, den sich die Höchstrichter nun anschauen, denken sie, dass alles stimmt, was hier in Tirol beim Thema Agrargemeinschaft vorgefallen ist.

ECHO: Sie und auch Georg Willi wurden diesbezüglich allerdings lange angefeindet ...

Brugger: 2005 glaubten viele, dass ich verrückt sei. Dass sich das in der Zwischenzeit so verändert hat und den Bürgermeistern klar wurde, dass das Gemeindegut der Gemeinde gehört, bringt das System zum Kippen. Hinzu kommt, dass bei der letzten Gemeinderatswahl viele neue Bürgermeister ans Rudel kamen, die sagten, wir setzen uns zusammen und regeln das friedlich. Die wurden flächendeckend eines Besseren belehrt. Jetzt sind diese ÖVP-Leute fuchsteufelswild und müssen erleben, wie sie von ihrer eigenen Partei im Stich gelassen werden. Die begreifen, was passiert ist. Trotzdem habe ich nicht geglaubt, dass es eine Mehrheit für ein Rückübertragungsgesetz geben würde.

ECHO: Wie beurteilen Sie die geschäftsordnungswidrige Entscheidung von Herwig van Staa, das Rückübertragungsgesetz nicht zur Abstimmung zuzulassen?

Willi: Er saß da und sagte einfach: „Ich tue es nicht.“ In dem Augenblick habe ich mir gedacht: „Herwig, jetzt hast du einen riesigen Fehler gemacht.“ Er hätte mit der richtigen Haltung positiv auflösen können, was sein Schwiegervater verursacht hat. Hätte er zugelassen, dass über das Gesetz abgestimmt wird, hätte er einen historischen Akt setzen und seiner eigenen ÖVP gegenüber sagen können, die Geschäftsordnung gibt der Opposition recht. Durch dieses Verhalten hat er sich aber seine Zukunft verbaut, denn es wird die Frage sein, ob der Landtag wieder so einen Präsidenten will. Da wird es für ihn ganz eng. Mit dem einen Satz – „Ich tue es nicht“ – hat er sich zwei Chancen verbaut: die Geschichte positiv aufzulösen und sich für die nächste Legislaturperiode als Präsident zu empfehlen.

Brugger: Herwig van Staa wird als der Landtagspräsident in die Geschichte eingehen, der das Rückübertragungsgesetz abgestochen hat. Das wird es sein, was man von ihm in Erinnerung behält.

Willi: Er hätte seine Chance gehabt. Sogar die ÖVP hätte noch eine Chance gehabt. Doch das ist jetzt Geschichte.

Interview: Alexandra Keller, Armin Muigg